

Microsoft Forms

Für welche Partei stehen die Antworten?

Bitte lassen Sie uns zwecks Zuordnung wissen, für welche Partei Sie die Fragen beantworten

1. Ihre Partei

SPD Rheinland-Pfalz

2. Wer hat den Fragebogen ausgefüllt (Name, Amt/Position)

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Landesvorsitzende

Allgemeines Verständnis und Parteiprogramm

Wir wollen von Ihnen wissen, welchen Stellenwert Gleichstellung und Frauenrechte bei Ihnen haben, und welche Vorhaben Sie grundsätzlich gegen Misogynie und Diskriminierung haben.

3. Wie definiert Ihre Partei „Gleichstellung der Geschlechter“ und wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf in der Landespolitik, um diese Gleichstellung nicht nur rechtlich, sondern auch de facto (z. B. im Alltag, in Politik, Verwaltung, Bildung, Arbeit) zu erreichen?

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen ist für uns eines der zentralen Anliegen, die wir als SPD in Rheinland-Pfalz verfolgen. Mädchen und Frauen in Rheinland-Pfalz sollen selbstbestimmt, frei und sicher am gesellschaftlichen Leben teilhaben und mitbestimmen können. Das bedeutet auch, dass Frauen, Männer und Menschen anderer Geschlechtsidentitäten die gleichen Möglichkeiten haben und das unabhängig von Rollenbildern, strukturellen Benachteiligungen oder gesellschaftlichen Erwartungen. Gleichstellung sehen wir als wichtige Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und eine moderne Demokratie. Nicht zu vernachlässigen ist dabei, dass spezifische Benachteiligungen insbesondere Alleinerziehende, ältere Frauen, Frauen mit Behinderungen und Migrantinnen betreffen.

Eine strukturelle Verbesserung im Rahmen der Gleichstellungspolitik muss unter anderem im Erwerbsleben und im Einkommen der Frauen stattfinden. Frauen arbeiten in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich häufig in Teilzeit und Minijobs. Sie verdienen im Schnitt deutlich weniger als Männer (Gender Pay Gap), was sich in der Altersversorgung zeigt: Frauenrenten liegen weniger als halb so hoch wie Männerrenten. Hinzu kommt, dass Frauen in Vorständen, Aufsichtsräten und Führungspositionen unterrepräsentiert sind.

Frauen müssen zudem überall dort mitgestalten können, wo zentrale gesellschaftliche Entscheidungen getroffen und Machtverhältnisse geprägt werden – in Politik und Verwaltung, in Wirtschaft und Wissenschaft sowie in Medien, Kultur und im gesellschaftlichen Miteinander. Wir setzen uns weiter dafür ein, den Anteil von Frauen in Führungspositionen und in den kommunalen Räten, sowie politischen Ämtern nachhaltig zu steigern. Unsere Förderprogramme für Frauen entwickeln wir konsequent weiter, damit gleichberechtigte Teilhabe selbstverständlich wird.

Die Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter umfasst auch den Diskriminierungsschutz. Wir möchten das kürzlich beschlossene Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt (LGCDV) in Rheinland-Pfalz stärken, damit Betroffene in den Verwaltungsbehörden klare Beschwerde- und Rechtswege haben, um sich gegen Diskriminierung zur Wehr setzen zu können.

4. Frauen stellen 50% der Bevölkerung und sind dennoch nicht entsprechend in Kommunalpolitik oder im Landtag vertreten. Ein echtes Paritätsgesetz könnte dieses Problem lösen. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Frauen und andere marginalisierte Geschlechter in politischen Gremien, Landesbehörden und Kommunalpolitik angemessen vertreten sind und auch selbst aktiv werden?

Wir sind davon überzeugt, dass Gleichstellung Vorbilder und Sichtbarkeit braucht: Frauen in Führungspositionen, Kommunalpolitik und Wissenschaft sind wichtige Impulsgeberinnen. Deshalb fördern wir z.B. die Unterstützung von Frauen in der Politik. Die Landeskampagne „Kommunalpolitik braucht Frauen“ sowie dazugehörige Mentoringprogramme haben den Frauenanteil in kommunalen Vertretungen über Jahrzehnte kontinuierlich gesteigert.

Zudem sind Haupt- und ehrenamtlich beschäftigte Gleichstellungsbeauftragte auf kommunaler Ebene wertvolle Ansprechpartnerinnen vor Ort. Sie werden finanziell und fachlich unterstützt, etwa durch Fortbildungen, Austausch und Zuschüsse für Projekte, damit nachhaltige Gleichstellungsarbeit vor Ort gestärkt wird.

Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung politischer Beteiligung und Nachwuchsgewinnung. Dazu gehören Mentoring-Programme, gezielte Qualifizierungsangebote und Netzwerke, die Frauen sowie Menschen mit vielfältigen Lebensrealitäten beim Einstieg in die Politik unterstützen. Gleichzeitig engagiert sich die SPD Rheinland-Pfalz innerhalb der eigenen Partei seit vielen Jahren für verbindliche Gleichstellungsregelungen, etwa durch Quotenregelungen bei Kandidaturen und Parteigremien.

Ein weiterer zentraler Ansatz ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für politisches Engagement. Viele Menschen, insbesondere Frauen, tragen weiterhin einen großen Anteil an Sorge- und Familienarbeit. Die SPD setzt sich deshalb für familienfreundlichere Sitzungszeiten, bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Familie sowie für Unterstützungsstrukturen, beispielsweise bei Kinderbetreuung, ein. Gerade auf kommunaler Ebene soll dadurch der Zugang zu Mandaten erleichtert werden.

Auch gesellschaftliche Faktoren spielen eine wichtige Rolle. Die SPD will Rollenstereotype abbauen und politische Teilhabe bereits früh stärken, etwa durch politische Bildung, Demokratieförderung und Programme zur Stärkung von Frauen in Führungsrollen. Zudem setzt sie sich für konsequenten Schutz vor Diskriminierung, Hass und Gewalt gegen politisch Engagierte ein, da solche Erfahrungen insbesondere Frauen häufiger vom politischen Engagement abhalten.

Unser langfristiges Ziel ist es, Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in Verwaltung und Politik zu verankern. Dazu gehören transparente Auswahlverfahren, Gleichstellungspläne in Behörden sowie die Förderung von Vielfalt in Führungspositionen.

5. Wie werden Sie Mädchen- und Frauenorganisationen in RLP ideell, aber auch finanziell berücksichtigen und aktiv in frauenpolitische Themen und Fragen mit einbeziehen?

Aus Sicht der SPD Rheinland-Pfalz ist ein zentraler Baustein die verlässliche finanzielle Förderung frauenpolitischer Projekte, Beratungsstellen und Netzwerke. Die Landesregierung unterstützt bereits zahlreiche Frauen- und Mädchenorganisationen, etwa in den Bereichen Gewaltschutz, politische Bildung, Empowerment, Berufsorientierung oder Beratung. Diese Förderstrukturen sollen weiter gesichert und, wo erforderlich, ausgebaut werden, um Planungssicherheit und langfristige Arbeit zu ermöglichen.

Darüber hinaus setzt die SPD auf eine systematische Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen an politischen Entscheidungsprozessen. Mädchen- und Frauenorganisationen werden beispielsweise bei der Entwicklung von Aktionsplänen, Gleichstellungsstrategien oder Gesetzesvorhaben eingebunden. Ein Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit mit Verbänden und Initiativen bei der Erarbeitung von Landesaktionsplänen zur Gleichstellung und zur Förderung von Vielfalt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Stärkung von Vernetzungs- und Qualifizierungsangeboten. Die SPD unterstützt Programme, die Organisationen den Austausch untereinander erleichtern, ehrenamtliches Engagement fördern und Frauen sowie Mädchen bei gesellschaftlicher und politischer Teilhabe unterstützen. Dazu gehören auch Fortbildungsangebote sowie Maßnahmen zur Nachwuchsförderung und zur Gewinnung junger Frauen für gesellschaftliches Engagement.

Zudem verfolgt die SPD das Ziel, insbesondere Organisationen zu berücksichtigen, die Frauen in besonderen Lebenslagen oder Räumen vertreten, etwa Migrantinnen, Frauen mit Behinderung, queere Frauen oder auch Frauen im ländlichen Raum. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Gleichstellungspolitik die Vielfalt von Lebensrealitäten widerspiegelt.

Für all diese Umsetzungsmaßnahmen möchte die SPD Rheinland-Pfalz sich ausdrücklich in zukünftigen Haushaltverhandlungen dafür einsetzen, dass ausreichend finanzielle Mittel für die Stärkung der Infrastruktur und zahlreicher Unterstützungsangebote der Mädchen- und Frauenorganisationen in Rheinland-Pfalz bereitgestellt werden.

6. Für die Gleichstellung der Geschlechter einzutreten, ist in Rheinland-Pfalz auch kommunale Pflichtaufgabe. Danach muss es in allen zwölf kreisfreien Städten und den 24 Landkreisen hauptamtlich besetzte Gleichstellungsstellen oder Frauenbüros geben. Alle anderen Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind verpflichtet, die Gleichstellung zu fördern und wenigstens ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte benennen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gleichstellungsstellen und Frauenbüros zur hauptamtlichen Pflicht für alle Städte und Kommunen werden?

Die SPD Rheinland-Pfalz misst der Arbeit von Gleichstellungsstellen und Frauenbüros eine zentrale

Bedeutung bei. Sie leisten vor Ort wichtige Arbeit, indem sie kommunale Entscheidungen aus Gleichstellungsperspektive begleiten, Beratungsangebote koordinieren und Frauen sowie Mädchen bei gesellschaftlicher und politischer Teilhabe unterstützen. Ziel der SPD ist es, diese Strukturen zu stärken und ihre Wirksamkeit weiter auszubauen.

Dabei erkennen wir an, dass hauptamtliche Gleichstellungsstellen häufig bessere Möglichkeiten haben, kontinuierlich, fachlich fundiert und sichtbar zu arbeiten. Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, die bestehenden Gleichstellungsstrukturen finanziell und organisatorisch zu stärken sowie Kommunen dabei zu unterstützen, hauptamtliche Strukturen aufzubauen oder auszubauen, wo dies sinnvoll und umsetzbar ist.

Gleichzeitig berücksichtigt die SPD die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Kommunen in Rheinland-Pfalz. Gerade kleinere Gemeinden verfügen häufig über begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen. Vor diesem Hintergrund verfolgt die SPD einen Ansatz, der sowohl die kommunale Selbstverwaltung respektiert als auch eine Stärkung der Gleichstellungsarbeit ermöglicht. Dazu gehören insbesondere:

- bessere finanzielle Unterstützung und Förderprogramme für Gleichstellungsarbeit auf kommunaler Ebene
- Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote für haupt- und ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte
- stärkere landesweite Koordinierung und fachliche Unterstützung
- Prüfung, wie Mindeststandards für Gleichstellungsarbeit landesweit gesichert werden können

Langfristig strebt die SPD an, die Gleichstellungsarbeit in allen Kommunen strukturell zu stärken, damit Gleichstellungspolitik nicht von örtlichen Ressourcen oder Zufällen abhängt. Dabei setzt die Partei auf enge Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Gleichstellungsbeauftragten selbst, um praxistaugliche Lösungen zu entwickeln.

Arbeits- und Berufsleben

Fehlende Gleichstellung macht sich besonders in der unfairen Aufteilung von Care Arbeit oder Gender Pay Gap bemerkbar. Frauen arbeiten zudem häufiger im Niedriglohnsektor und in Teilzeit/Minijobs, da sie zusätzlich unbezahlte Sorgearbeit leisten und sind somit auch armutsgefährdeter.

7. Wie will Ihre Partei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Rheinland-Pfalz verbessern?

Aus Sicht der SPD Rheinland-Pfalz steht die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Zentrum moderner Sozial- und Familienpolitik. Wir schaffen konkrete Rahmenbedingungen, damit Eltern ihren Beruf mit familiären Aufgaben gut verbinden können, unabhängig von Einkommen oder Familienform.

Ein Kernstück ist das Kita-Zukunftsgesetz: Rheinland-Pfalz bietet gebührenfreie Betreuung ab dem zweiten Lebensjahr und einen Rechtsanspruch auf sieben Stunden Betreuungszeit am Stück inklusive Mittagessen, was Planungssicherheit für berufstätige Eltern schafft.

Die Landesregierung hat zudem eine familienfreundliche Personalpolitik in der Verwaltung verankert, mit flexiblen Arbeitszeiten, Telearbeit, Teilzeitmodellen und passgenauen Unterstützungsangeboten bei Pflege- und Betreuungsaufgaben. Darüber hinaus fördern wir regionale Netzwerke und Informationsangebote für Unternehmen, um familienbewusste Arbeitsbedingungen in der Wirtschaft zu stärken.

Zukunftsgerichtet wollen wir mit einem Aktionsplan „Familie“ und gezielten Initiativen die Pflege-Beruf-Familien-Balance weiter verbessern sowie wohnortnahe Betreuung und bezahlbaren Wohnraum für junge Familien ausbauen, damit in Rheinland-Pfalz Familien gut leben und arbeiten können.

8. Welche Schritte unternimmt Ihre Partei gegen den Gender Pay Gap, bzw. für faire Entlohnung und Gleichstellung am Arbeitsplatz?

Uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass konkrete Maßnahmen und politische Ansätze für eine faire Entlohnung und Gleichstellung am Arbeitsplatz in die Tat umgesetzt werden. Dazu gehört, dass wir in Rheinland-Pfalz die Entgelttransparenz weiter stärken, Arbeitgeber bei der Einführung gendergerechter Lohnstrukturen unterstützen und die Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie als Schlüssel zur Reduzierung geschlechtsspezifischer Einkommensunterschiede intensivieren. Wir legen zudem großen Wert darauf, dass die Landesverwaltung auf Grundlage des

Landesgleichstellungsgesetzes Frauen- und Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe wahrnimmt, mit dem Ziel, traditionelle Rollenbilder zu überwinden und die Teilhabe von Frauen im Erwerbsleben zu stärken.

Im Rahmen von parlamentarischen Initiativen bringt die Die SPD-Landtagsfraktion regelmäßig Anträge und Berichte zum Gender Pay Gap und fairer Entlohnung ein, um politische Debatten zu fördern und Maßnahmen zur Verbesserung zu entwickeln.

9. Plant Ihre Partei Programme zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, sowohl im öffentlichen Dienst als auch in Wirtschaft und Wissenschaft?

Die SPD setzt sich aktiv für die Förderung von Frauen in Führungspositionen ein – im öffentlichen Dienst, aber auch mit Blick auf Wirtschaft und Wissenschaft. Ein zentrales, seit Jahren etabliertes Instrument ist das Mentoring-Programm „Mehr Frauen an die Spitze!“. Dieses Programm der Landesverwaltung begleitet Nachwuchsführungskräfte über ein Jahr durch Beratung, Qualifizierung und Netzwerkaufbau und will den Frauenanteil in Leitungsfunktionen deutlich steigern. Rheinland-Pfalz liegt bereits im Ländervergleich gut, der Anteil von Frauen in Führungsposition der Landesverwaltung ist auf 39 % gestiegen.

Darüber hinaus setzt sich die SPD-geführte Landesregierung dafür ein, strukturelle Hürden abzubauen: Im rheinland-pfälzischen Landesgleichstellungsgesetz sind Vorgaben zur Förderung von Frauen etwa in Gremien und Entscheidungspositionen verankert. Auch gezielte Initiativen zur Sensibilisierung von Personalverantwortlichen und zur Qualifizierung von Frauen für Führungsaufgaben sollen weiterentwickelt werden.

Das Ziel der SPD Rheinland-Pfalz ist es, diesen Kurs fortzusetzen und auszuweiten – mit langfristigen Programmen zur Stärkung von Frauen in Entscheidungsebenen, Verbindlichkeit bei Besetzungsprozessen und weiteren Angeboten, die Karriere- und Führungswege für Frauen noch sichtbarer und chancengerechter machen

Bildung, Erziehung und Genderbewusstsein

Schule ist bekanntlich Ländersache. Dennoch gibt es keine einheitlichen Vorgaben bezüglich sexueller Bildung, Diversitäts- Sozial und Genderkompetenz, um auch früh bereits Stereotypen entgegen zu wirken.

10. Welche Konzepte hat Ihre Partei, um in KiTa, Schule und Ausbildung Kompetenzen zum Umgang mit vielfältigen Lebensformen, Konfliktlösung, Gendergerechtigkeit und Gewaltprävention zu fördern?

Für uns ist ganz elementar, dass Kitas und Schulen Schutzräume sind: Ob Sprache, Herkunft, Geschlecht, körperliche Voraussetzungen, sexuelle oder geschlechtliche Identität: Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen sich frei entfalten können. Damit dies gelingen kann, müssen Schulen und Kitas Schutzräume sein – und zwar für die gesamte Bildungsgemeinschaft.

Jegliche Formen von Ausgrenzung, Mobbing oder Gewalt haben daher an unseren Schulen und Kitas keinen Platz. Deshalb stärken wir Schulen und Kitas durch gezielte Bildungs- und Beratungsangebote in der Aufklärung sowie Prävention, bei der Erstellung von Schutzkonzepten und unterstützen dort, wo es nötig ist. Auch in der Ausbildung von Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern wird der Umgang mit vielfältigen Lebensformen, Gendergerechtigkeit sowie Gewaltprävention thematisiert. Wir machen die Bildungsfamilie stark im Umgang mit diesen Themen.

Wir bauen daher auf ein starkes Unterstützungssystem aus Schulaufsicht, Landesjugendamt, Pädagogischem Landesinstitut, der Schulpsychologie und zahlreichen weiteren Partnerinnen und Partnern.

Für uns ist ebenso zentral, dass Demokratie in Kitas und Schulen gelebt wird: In unseren Kitas und Schulen lernen Kinder und Jugendliche altersgerecht, wie sie ihre Meinung einbringen, Lösungen finden, Konflikte lösen und gemeinsam zu Entscheidungen kommen können.

- Kitas und Schulen sind Orte des Demokratielernens. Hier erfahren junge Menschen, dass ihre Stimme zählt, sie Verantwortung übernehmen und ihre Zukunft gestalten können.
- Wir fördern demokratische Werte, politische Bildung und nachhaltiges Handeln von der Kita bis zur Oberstufe – in Rheinland-Pfalz, in Europa und in der Welt.
- Durch jährliche Demokratietage, verpflichtende Gedenkarbeit und die Weiterentwicklung des Netzwerks der Europaschulen stärken wir den europäischen Gedanken und die globale Perspektive unserer Schülerinnen und Schüler.
- Zugleich bauen wir die Mitwirkungsrechte von Schülerinnen und Schülern weiter aus und stellen mehr

Mittel für Maßnahmen der politischen Bildung zur Verfügung.

- Wir wollen außerdem einen Demokratiepakt für Kitas und Schulen schließen, der Medienbildung, Demokratiebildung und Partizipation stärkt.

11. Wie will Ihre Partei Diskriminierung bzw. Stereotype in Bildung, Erziehung und Ausbildung abbauen?

Wir, die SPD, sind die Partei, die seit jeher für Demokratie, Toleranz und eine offene Gesellschaft eintritt. Und deshalb stehen wir auch heute für ein demokratisches Rheinland-Pfalz, ein Land, in dem alle Menschen gut und gerne miteinander leben und sich respektieren. Vielfalt und Offenheit prägen unser Zusammenleben und das soll auch so bleiben.

Deshalb lernen bereits unsere Kinder und Jugendlichen in Kita und Schule altersgerecht Demokratie. Sie lernen, dass wir einander respektieren, offen und tolerant sind. Dazu gehören auch Lehrmittel, die diesen Grundsätzen entsprechen, gendergerecht sind und Vielfalt abbilden. Unsere Lehrkräfte wie unsere Erzieherinnen und Erzieher stärken wir in diesem Sinne in der Ausbildung sowie in der Fort- und Weiterbildung.

Kita und Schule sind immer auch Abbild der Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns gesamtgesellschaftlich für Toleranz, Vielfalt und Demokratie ein: Wir sorgen in diesem Sinne für gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern und begegnen jungen Menschen auf Augenhöhe. Wir setzen auf ein engagiertes Ehrenamt, eine lebendige demokratische Kultur und die integrative Kraft des Sports. Wir stärken unsere vielfältige Kulturlandschaft und fördern Medienkompetenz als zentrale Demokratiekompetenz. Und wir lassen nicht zu, dass Hass und Hetze uns jene offenen Grenzen und offenen Herzen nehmen, die unsere Heimat Rheinland-Pfalz ausmachen.

Zudem wollen wir die Landeskampagne „Respekt. Bitte!“ weiter ausbauen. Damit wollen wir zeigen, wie gelebte Vielfalt unser Miteinander prägt und warum es wichtig ist, mutig gegen Rassismus und jede Form von Diskriminierung einzutreten, in Schule und Beruf, Politik und Verwaltung, im Verein und beim Sport. Gleichzeitig treten wir Hass, Hetze und Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Auch die erfolgreiche Landeskampagne „Gemeinsam gegen Hass und Hetze“ wollen wir fortführen.

Gesundheit & Soziales

Frauen leider unter dem mangelnden Zugang, mangelnder körperlicher Autonomie und existierendem Gender Health Gap in Forschung und Versorgung. Zusätzlich sind Frauen besonders armutsgefährdet.

12. Inwiefern berücksichtigt Ihre Partei geschlechtsspezifische gesundheitliche Bedürfnisse im Land? Gibt es konkrete Pläne, z. B. für frauenspezifische Prävention, psychische Gesundheit, Schwangerschaft, Familienplanung etc.?

Die geschlechtsspezifischen gesundheitlichen Bedürfnisse sehen wir als ein wichtiges Politikfeld, das wir in Gesundheitspolitik, Prävention und Gleichstellung verankern. Dabei heben wir explizit hervor, dass Frauen und Männer unterschiedlich erkranken, z. B. bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder anderen frauenspezifischen Krankheitsbildern, und informieren gezielt darüber, um Bewusstsein und Versorgung zu verbessern. Gleichzeitig wissen wir, dass medizinische Forschung und Versorgung hier oft nachholenden Bedarf haben.

So arbeiten wir an der Stärkung der medizinischen Versorgung insgesamt, einschließlich der Geburtshilfe und Hebammenversorgung, was für die Gesundheit von Schwangeren und Müttern zentral ist. Außerdem hat die aktuelle Regierungskoalition im Landesrecht Reformen zur Stärkung der Versorgung und Prävention vereinbart, u. a. zur Gesundheitsförderung und Früherkennung chronischer Krankheiten nach dem Präventionsgesetz.

Konkret berücksichtigt die SPD politische Programme und Maßnahmen zur Schwangerschafts- und Geburtshilfegestaltung, zur gesundheitsbezogenen Prävention und zur Stärkung psychosozialer Angebote, etwa durch Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung. Die SPD steht zudem für eine gleichstellungsorientierte Gesundheitspolitik, die strukturelle Benachteiligungen abbauen, frauenspezifische Bedürfnisse sichtbarer machen und individuelle Lebenssituationen einbeziehen will – beginnend bei Informations- und Präventionsangeboten bis hin zur Sicherstellung einer flächendeckenden, geschlechtssensiblen Versorgung in Rheinland-Pfalz.

13. Das Land fördert in Rheinland-Pfalz Hebammenzentralen und hebammengeleitete Kreißsäle, um dem Hebammenmangel entgegenzuwirken. Trotz Geburtenrückgang wird mit einer weiteren Verschärfung des Hebammenmangels gerechnet, da die neue Abrechnungsverordnung (Hebammenhilfegesetz) für viele

Hebammen den Beruf nicht mehr ausübungswert ist. Werden Sie die Förderung der Hebammenzentralen und der hebammengeleiteten Kreißsäle durch das Land fortsetzen oder ausbauen?

Die geburtshilfliche Versorgung in RLP entwickeln wir konsequent weiter. Mit dem Ausbau von Hebammenzentralen haben wir wohnortnahe Anlaufstellen geschaffen, die werdende Eltern bei der Suche nach einer Hebamme unterstützen und zugleich die Hebammen selbst entlasten, damit sie sich auf ihre eigentliche Tätigkeit konzentrieren können. Wir wollen weitere einrichten und ganz gezielt jungen Hebammen und Entbindungspflegern den Start ins Berufsleben erleichtern: wer sich nach dem Studium erstmalig in Rheinland-Pfalz selbstständig macht, soll für die ersten fünf Jahre einen Hebammenbonus als Gründungszuschuss erhalten. Den gleichen Zuschuss sollen diejenigen erhalten, die nach mehr als zweijähriger Pause, weil sie sich selbst für Kinder entschieden haben, wieder in den Beruf einsteigen. Hebammengeleitete Kreißsäle sind ein wichtiger Baustein für eine selbstbestimmte und sichere Geburt. Diese Angebote bauen wir weiter aus, um werdenden Eltern auch künftig verlässliche und wohnortnahe Unterstützung zu bieten. Durch die gezielte Verteilung von Bundesmitteln zur Förderung der Geburtshilfe stärken wir insbesondere die Versorgung im ländlichen Raum.

14. Wird sich Ihre Partei für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und für die Aufnahme des Schwangerschaftsabbruchs in die Regelgesundheitsversorgung einsetzen?

Wir betrachten die Selbstbestimmung der Frau in unserer Gesellschaft als höchst schützenswert. Auf Bundesebene hat die SPD klar Position bezogen: Schwangerschaftsabbrüche dürfen nicht länger im Strafgesetzbuch stehen und sollen entkriminalisiert werden, um das Selbstbestimmungsrecht von Frauen zu stärken und die medizinische Versorgung zu verbessern.

Unser Ministerpräsident Alexander Schweitzer hatte sich öffentlich dafür ausgesprochen, dass ein Schwangerschaftsabbruch nicht länger kriminalisiert wird und Frauen in schwierigen Situationen selbstbestimmt darüber entscheiden können, ohne gesellschaftliche Stigmatisierung.

Konkret würde eine Entkriminalisierung und die Neugestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen – etwa die Streichung von § 218 StGB und eine darauf aufbauende Regelung – auch dazu beitragen, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen als reguläre medizinische Leistung zu verbessern. Dies würde letztlich zu einer Einbeziehung dieser Versorgung als Teil der Regelgesundheitsversorgung führen, mit klaren, rechts- und versorgungssicheren Rahmenbedingungen für Kliniken sowie Ärztinnen und Ärzte.

Die SPD Rheinland-Pfalz unterstützt diese weiterreichenden politischen Initiativen und wird sich sowohl landes- als auch bundespolitisch für eine rechtsverbindliche, selbstbestimmte und wohnortnahe Versorgung einsetzen.

15. Es ist Aufgabe der Länder, eine ausreichende, wohnortnahe Versorgung mit Angeboten für Schwangerschaftsabbrüche sicherzustellen. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen um die aktuell schlechte medizinische Versorgungslage für Schwangerschaftsabbrüche in Rheinland-Pfalz zu verbessern?

In unserem Regierungsprogramm bekennen wir uns ausdrücklich dazu, das Selbstbestimmungsrecht von Frauen über ihren eigenen Körper zu stärken. Daraus folgt auch, den Zugang zu sachlicher Information, Beratung und medizinischen Leistungen im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen weiter zu verbessern. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für den Abbau von Versorgungslücken, für eine bessere Vernetzung von Beratungsstellen und medizinischen Angeboten sowie für eine Entstigmatisierung des Themas ein. Ziel ist es, bestehende Hürden für Betroffene zu verringern, Transparenz über Angebote zu verbessern und gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung die Versorgungssicherheit insbesondere außerhalb größerer Städte zu erhöhen.

16. Was sind ihre konkreten Vorhaben, um Frauen in ländlichen Gegenden Zugang zu Hilfsangeboten, medizinischer Versorgung, Bildung und Teilhabe zu ermöglichen?

Als SPD Rheinland-Pfalz verfolgen wir eine konsequent gleichstellungspolitische und sozialräumliche Strategie, um Frauen, insbesondere im ländlichen Raum, bessere Zugänge zu Unterstützung, Versorgung und gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Zentrale Leitidee ist, Angebote stärker in die Lebenswelten der Menschen zu bringen, statt lange Wege voraussetzen. Dazu gehören für uns der Ausbau wohnortnaher Gesundheitsangebote, die Stärkung von Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sowie die bessere Vernetzung von sozialen Diensten, Familienhilfe und kommunalen Angeboten. Digitale Beratungs- und Informationsangebote sollen ergänzend helfen, auch in dünner besiedelten Regionen niedrigschwellige Unterstützung bereitzustellen. Gleichzeitig setzen wir auf den Ausbau kommunaler Netzwerke, Mehrgenerationenstrukturen und familienunterstützender Angebote, um soziale Teilhabe, Bildungschancen und Unterstützung im Alltag zu verbessern. Gleichstellungspolitik verstehen wir also

ausdrücklich als Querschnittsaufgabe, die Stadt und Land gleichermaßen im Blick haben muss. Zudem tragen auch weitere, übergeordnete Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum (bspw. die Landarztquote) dazu bei, auch die Versorgung von Frauen zu verbessern.

17. Welche Pläne haben Sie, um eine flächendeckend barrierefreie gynäkologische Versorgung für Frauen mit Behinderungen zu gewährleisten?

Wir bekennen uns ausdrücklich zu einem inklusiven Gesundheitswesen, in dem Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten. Barrierefreiheit verstehen wir dabei sowohl baulich als auch organisatorisch und kommunikativ. Unser Ziel ist es, bestehende Barrieren im Gesundheitswesen systematisch abzubauen und Versorgungsangebote so zu gestalten, dass sie für alle zugänglich sind. Dazu gehören der Ausbau barrierefreier Praxen und Einrichtungen und die Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachpersonal, aber eben auch die stärkere Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Frauen mit Behinderungen in der gesundheitlichen Versorgung. Unser übergeordnetes Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die die Vielfalt weiblicher Lebens- und Krankheitsrealitäten anerkennt, besser erforscht, in der Ausbildung integriert und in der Praxis berücksichtigt, für mehr Gesundheit, Lebensqualität und Gerechtigkeit. Eine gute gynäkologische Versorgung ist in diesem Kontext für uns von großer Bedeutung.

Diskriminierung, Vielfalt & Intersektionalität

18. Erkennt Ihre Partei an, dass Geschlecht allein nicht reicht – also z. B. Einfluss von Herkunft, sexueller Identität, Behinderung, Alter etc.? Welche Maßnahmen plant sie, um Intersektionalität zu adressieren insbesondere in Bezug auf soziale Ungleichheiten, die Frauen oft stärker betreffen (z. B. Alleinerziehende, Altersarmut, Pflegearbeit, Abbau von Sprachbarrieren)?

Die SPD erkennt an, dass geschlechtsspezifische Bedürfnisse immer auch durch weitere soziale Merkmale geprägt sind, z. B. durch Herkunft, sexuelle Identität, Behinderung, Alter oder Lebenssituation. Eine reine Fokussierung auf Geschlecht allein greift zu kurz: Soziale Ungleichheiten wirken vielfach intersektional und verstärken Benachteiligungen, z. B. bei Alleinerziehenden, älteren Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder pflegenden Angehörigen.

Die SPD-Landtagsfraktion arbeitet daher an politischen Ansätzen, die Gleichstellung und soziale Teilhabe verbinden:

- Über die parlamentarische Arbeit des Arbeitskreises Gleichstellung und Frauen werden Maßnahmen zur Gewaltprävention und Umsetzung der Istanbul-Konvention mitgedacht, die vielfach intersektionale Rahmenbedingungen berücksichtigen.
- Die Koalition hat im Januar 2026 das „Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt“ verabschiedet, das Diskriminierung nach Herkunft, Geschlecht inklusive geschlechtlicher Identität, Behinderung, Alter oder sexueller Identität adressieren und Betroffenen rechtliche Wege eröffnen soll.
- Solidarische Entlastungen für Alleinerziehende und armutsgefährdete Gruppen werden unterstützt und politisch begleitet, weil sie besonders von wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit betroffen sind.

Zukunftsorientiert setzt die SPD Rheinland-Pfalz auf eine Sozial- und Gleichstellungspolitik, die intersektionale Herausforderungen sichtbar macht, diskriminierungsfreie Strukturen in Verwaltung und Gesellschaft stärkt und soziale Teilhabe für alle sichert. Insbesondere für diejenigen, die an mehreren sozialen Grenzen gleichzeitig stehen.

19. Was wollen Sie gezielt tun, um besonders queeren Frauen (trans*Frauen, Lesben) Schutz und Gleichstellung zukommen zu lassen?

Der Schutz und die Gleichstellung queerer Frauen (einschließlich trans*Frauen und Lesben) gehört zu einer inklusiven Gleichstellungspolitik. Wir erkennen an, dass sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität über das biologische Geschlecht hinausgehen und gesellschaftliche sowie politische Maßnahmen brauchen, um Diskriminierung, Ungleichheiten und Ausgrenzung konsequent zu begegnen.

Demnach haben wir uns innerhalb der Koalition dafür eingesetzt, dass der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ gestärkt wird. Dieser von der Landesregierung verabschiedete Maßnahmenplan stärkt Akzeptanz, Sichtbarkeit und Schutz für queere Lebensweisen.

Auch die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Queer-Organisationen wie QueerNet Rheinland-Pfalz spielt eine wichtige Rolle, um bedarfsorientierte Angebote für queere Menschen, inklusive Informations- und Unterstützungsstrukturen, auszubauen.

Wir setzen uns ein für die Förderung queerer Bildungs- und Sensibilisierungsangebote, u. a. mit Projekten wie SCHLAU oder Initiativen gegen queerfeindliche Sprache und Gewalt, die sich auch direkt an junge queere Frauen richten. Wir möchten zudem die rechtliche und gesellschaftliche Akzeptanz stärken. Die SPD beteiligte sich an politischen Diskussionen und parlamentarischen Formaten im vergangenen Jahr („Quo Vadis Queer?“), um queere Lebenswirklichkeiten in Landespolitik und Gleichstellungsarbeit weiter zu verankern. Auch das schon zuvor erwähnte „Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt“ ist ein wichtiger, gesetzlicher Schritt, um Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität im Behörden- und Verwaltungsbereich zu adressieren und Betroffenen Schutzwege zu eröffnen.

20. Diese Intersektionalität wird auch besonders in der Istanbul-Konvention betrachtet. Wie werden Sie sicherstellen, dass der Auftrag der Umsetzung der Istanbulkonvention sich ebenfalls in adressatengerechten Präventions- und Schutzkonzepten wiederfindet?

Für die SPD ist die Umsetzung der Istanbul-Konvention ein zentraler Bestandteil der Gewalt-, Gleichstellungs- und Sozialpolitik. Dabei verfolgen wir ausdrücklich einen intersektionalen Ansatz, der unterschiedliche Lebensrealitäten, etwa von Frauen mit Migrationsgeschichte, Behinderungen, queeren Frauen oder älteren Frauen, berücksichtigt. Mit dem Landesaktionsplan zur flächendeckenden Umsetzung der Istanbulkonvention bis 2030, die 117 Maßnahmen zum Gewaltschutz an Frauen umfasst, werden wir uns innerhalb der SPD für eine zeitnahe Umsetzung betreffender Maßnahmen in den Kommunen einsetzen, die u.a. in Zusammenarbeit mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten erfolgen soll.

Bereits heute stärkt Rheinland-Pfalz die Umsetzung durch den kontinuierlichen Ausbau von Frauenhäusern, Second-Stage-Wohnungen, Fachberatungsstellen und Interventionsstellen gegen Gewalt, wobei die Zugänglichkeit für besonders schutzbedürftige Gruppen verbessert wird, z. B. durch barrierefreie Angebote oder kultursensible Beratungsstrukturen. Zudem fördert das Land Programme zur Gewaltprävention und Sensibilisierung, etwa durch Bildungsarbeit, Schulungen für Polizei, Justiz und soziale Dienste sowie Kooperationen mit Fachverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Die SPD möchte weiterhin Präventions- und Schutzkonzepte stärker adressatengerecht ausbauen, etwa durch mehrsprachige Informationsangebote, spezialisierte Unterstützungsangebote für queere Betroffene und verbesserte Hilfestrukturen für Frauen mit Pflege- oder Betreuungsverantwortung. Außerdem setzen wir auf eine engere Vernetzung von Gesundheits-, Sozial- und Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz, um Gewalt frühzeitig zu erkennen und Betroffene umfassend zu unterstützen. Ziel bleibt ein flächendeckendes, niedrigschwelliges und diskriminierungsfreies Hilfesystem für alle von Gewalt betroffenen Frauen.

21. Welche gezielten Maßnahmen planen Sie, um den Gewaltschutz in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und in besonderen Wohnformen zu stärken (z. B. durch konkretere gesetzliche Rahmenbedingungen für Frauenbeauftragte in besonderen Wohnformen?)

Der Gewaltschutz für Menschen mit Behinderungen, insbesondere für Frauen in Werkstätten und besonderen Wohnformen muss aus unserer Sicht eine hohe Priorität genießen. Denn Menschen mit Behinderungen und insbesondere Frauen haben erwiesenermaßen ein erhöhtes Risiko für Gewalt und strukturelle Abhängigkeiten.

Bereits umgesetzt wurde die Stärkung von Frauenbeauftragten in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, die durch gesetzliche Vorgaben, Schulungen und finanzielle Förderung unterstützt werden. Sie vertreten die Interessen von Frauen, wirken bei Präventionsmaßnahmen mit und dienen als niedrigschwellige Ansprechstellen bei Gewalt oder Diskriminierung. Zudem fördert das Land Rheinland-Pfalz Schutzkonzepte in Einrichtungen, etwa durch verpflichtende Präventions- und Interventionspläne sowie Qualifizierungen für Mitarbeitende.

Nichtsdestotrotz sehen wir die Ausbaufähigkeit dieser Strukturen. Dazu gehört eine bessere Ausstattung mit Ressourcen, auch finanziell, und konkreten Fortbildungsangeboten. Darüber hinaus sollen Gewaltschutzkonzepte stärker überprüft, barrierefreie Beschwerdesysteme erweitert und die Zusammenarbeit zwischen Behindertenhilfe, Gewaltschutzstrukturen und Beratungsstellen intensiviert werden.

Das Ziel ist ein umfassendes, selbstbestimmungsorientiertes Schutzsystem für Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen.

Gewaltschutz

22. Wie stellen Sie und Ihre Partei sich den Bestand und Ausbau der Fach- und Beratungsstellen zum

Thema sexualisierte Gewalt und der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Schutz und Beratung vor? Inwiefern werden dabei berücksichtigt: ländlicher Raum, Abbau von Barrieren, TIN*-Personen und Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus?

Wir als SPD wollen die Beratungsstruktur im Land durch die Förderung spezialisierter Fachstellen, Frauennotrufe und Interventionsstellen sowie durch den Ausbau von Koordinierungs- und Vernetzungsstrukturen stärken und fördern. Besonders im ländlichen Raum setzen wir auf mobile Beratungsangebote, digitale Beratungsmöglichkeiten und eine bessere regionale Vernetzung mit Gesundheits-, Sozial- und Sicherheitsbehörden, um Versorgungslücken zu schließen.

Beim Abbau von Barrieren verfolgt die SPD Rheinland-Pfalz einen inklusiven Ansatz: Beratungsangebote sollen barrierefrei gestaltet, mehrsprachige Informationen ausgebaut und kultursensible Unterstützungsangebote gestärkt werden. Auch der Schutz und die Beratungsangebote sollen zunehmend auf die Bedürfnisse von TIN*-Personen ausgerichtet werden, etwa durch Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachpersonal sowie Kooperationen mit queeren Beratungsstrukturen.

Für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus setzt sich die SPD für niedrigschwelligen Zugang zu Schutz- und Beratungsangeboten unabhängig vom Aufenthaltsstatus sowie für eine enge Zusammenarbeit mit Migrations- und Integrationsdiensten ein.

23. Wie stehen Sie zu einer Gesetzesänderung bei Vergewaltigungen von „Nein heißt Nein“ zu „Nur ja! Heißt Ja!“? Wie stehen Sie zu dem Leitfaden Sorge- und Umgangsrecht

Aus Sicht der SPD Rheinland-Pfalz stellt das Prinzip „Nein heißt Nein“ bereits einen wichtigen Meilenstein im Sexualstrafrecht dar, weil sexuelle Handlungen gegen den erkennbaren Willen einer Person strafbar sind. Diese Reform hat den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung deutlich gestärkt.

Gleichzeitig verfolgt die SPD den Ansatz, den Schutz vor sexualisierter Gewalt kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die gesellschaftliche Diskussion um ein stärker zustimmungsbasiertes Prinzip wie „Nur Ja heißt Ja“ wird ernst genommen, weil sie den Fokus stärker auf eine aktive, freiwillige Einwilligung legt und damit präventiv wirken kann. Entscheidend ist für die SPD jedoch, dass gesetzliche Änderungen rechtssicher, praxistauglich und wirksam durchsetzbar sind.

Unabhängig von möglichen Anpassungen im Strafrecht setzt sich die SPD Rheinland-Pfalz bereits für umfassende Maßnahmen ein: Dazu gehören Aufklärung und Präventionsarbeit, Sensibilisierung in Schulen und Ausbildung, Stärkung von Beratungs- und Schutzstrukturen sowie Fortbildungen für Polizei und Justiz.

24. Insbesondere sexualisierte Gewalt hat häufig weitreichende und oft finanzielle Folgen für Betroffene. Die Taten werden meist nicht verurteilt, wodurch beispielsweise das SER nur schwer anwendbar ist. Der Fonds sexueller Missbrauch wurde zusätzlich eingestellt. Welche niedrigschwellige finanzielle Unterstützung planen Sie für Betroffene von sexualisierter Gewalt (bzw. juristische Kosten, Therapiekosten, Umzüge etc.)?

Uns ist bewusst, dass sexualisierte Gewalt für Betroffene oft erhebliche finanzielle, gesundheitliche und soziale Folgen hat, unabhängig davon, ob es zu einer strafrechtlichen Verurteilung kommt. Deshalb setzen wir uns für möglichst niedrigschwellige und verlässliche Unterstützungsstrukturen ein.

Ein wichtiger Baustein ist die Umsetzung und Weiterentwicklung des Sozialen Entschädigungsrechts (SER), das seit der Reform stärker auf die Bedürfnisse von Gewaltbetroffenen ausgerichtet ist und Zugänge zu Entschädigungs-, Therapie- und Unterstützungsleistungen erleichtern soll. Gleichzeitig setzt sich die SPD Rheinland-Pfalz dafür ein, bestehende Hilfesysteme enger zu verzahnen, damit Betroffene schneller Zugang zu Leistungen erhalten.

Vor dem Hintergrund des eingestellten Fonds sexueller Missbrauch unterstützt die SPD Initiativen, die ergänzende und unbürokratische Unterstützungsangebote schaffen, etwa für Therapiekosten, Schutzmaßnahmen oder Stabilisierung im Alltag. Dazu gehört auch die stärkere finanzielle Absicherung von Fach- und Beratungsstellen, die Betroffene beim Zugang zu Leistungen begleiten. Wir sehen daher den Bedarf einer Weiterentwicklung von bundes- und landespolitischen Unterstützungsinstrumenten. Betroffene sollen unabhängig von Strafverfahren schneller finanzielle und auch psychosoziale Hilfe erhalten.